

linksjugend ['solid] sachsen-anhalt newsletter mai 2016

termine(klickbar!):

3. Mai Infostand: Kein Kuschelkurs mit der AfD in Magdeburg

22. Mai LSpR-Sitzung in Naumburg

diesmal(klickbar!):

Kein Kuschelkurs mit der AfD!

Offener Brief an Grüne Jugend und Jusos

Redebeiträge der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt auf dem Landesparteitag

Ausgewählte Positionierungsbeschlüsse von der Landesmitgliederversammlung im April 2016

Bericht vom Bundeskongress 2016

Termine und Texte

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass alle Kreisverbände (und auch einzelne Mitglieder) die Möglichkeit haben, in diesem Newsletter ihre Veranstaltungen zu bewerben, sodass diese dann in der Terminleiste weiter oben auftauchen. Aber auch andere Vorschläge wie Veranstaltungsberichte, Demoaufrufe oder Texte über spezifische Probleme bei euch vor Ort sind uns herzlich willkommen. Wendet euch dazu einfach an das LSpR-Mitglied eures Vertrauens oder in einer E-Mail an kontakt@linksjugend-lsa.de

Den LSpR erreichen

Ihr habt einen Antrag, eine Frage, einen Vorschlag für den LSpR? Ihr wollt euch bei einer Aktion einbringen oder einem der hier veröffentlichten Aufrufe folgen? Ihr sucht einen Referenten oder wollt auf einen Termin hinweisen? Ihr wollt einen Text bzw. im Newsletter veröffentlichen oder Rechtschreibfehler bemängeln? Dann einfach eine E-Mail an kontakt@linksjugend-lsa.de

Bitte achtet auch darauf, dass ihr in euren Adressbüchern diese E-Mail-Adresse eingetragen habt, da der LSpR vor einem Jahr seine E-Mail-Adresse gewechselt hat!

Kein Kuschelkurs mit der AfD!

Am 3.5. wird in Magdeburg eine Podiumsdiskussion der „jungen Parteien“, gemeint sind die Jugendverbände der Parteien, über „Politikverdrossenheit und Gleichberechtigung“ stattfinden. Eingeladen ist auch der Jugendverband der Alternative für Deutschland, die Junge Alternative. Die Linksjugend [!solid] Sachsen-Anhalt wird auf diesem Podium nicht vertreten sein. Die Junge Alternative ist für uns kein Diskussionspartner. Worüber sollte mit ihr verhandelt werden? Wie vielen Menschen grundlegende Rechte wie das auf Asyl, also auf den Schutz vor lebensbedrohender Not, entzogen werden soll? Mit welchem Kaliber auf jene geschossen werden soll, die dieses Recht einfordern? Statt mit der Alternative für Deutschland und ihrem Jugendverband zu diskutieren, sollten ihre menschenfeindlichen Vorstellungen auf Empörung, auf Ablehnung und auf Protest stoßen.

In der Einladung zur Podiumsdiskussion heißt es weiterhin: Man behalte sich das Recht vor, Links- wie Rechtsextremist*innen auszuschließen. Diese dümmliche in Extremismustheorie gegossene Gleichsetzung von links und rechts hat aber nicht etwa zur Folge, dass Junge Alternative und AfD ausgeschlossen werden, die hinlänglich durch „antisemitische, sexistische, homophobe oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen“ aufgefallen sein dürften, wie sie als Negativbeispiele in der Einladung aufgeführt werden.

Das beweisen keine verdrehten Hinterbänkler, wie es Vertreter*innen der Partei oft als Entlastungsargument anführen, sondern der Landesvorsitzende der Jungen Alternative und AfD-Landtagsabgeordnete selbst. Jan Wenzel Schmidt hat nicht nur ein ehemaliges Mitglied der NPD angestellt (klick), sondern spricht auch bei einer Kundgebung der eindeutig extrem rechten "Identitären Bewegung" im Harz (klick), bezieht sich positiv auf die Initiative "Ein Prozent für unser Land" und vertritt deren völkisches Programm mit Aussagen, wie der, dass "die Bevölkerung durch Asylbewerber ersetzt werden soll" (klick). Deshalb sind vermeintlich Fremde für die faschistischen Freund*innen von Schmidt auch eine Bedrohung und abzuwehren. Und ihre Ideologie setzen diese in die Tat um, indem die Identitäre Gruppe in Halle zB ein Probewahllokal für Migrant*innen zumauerte und dafür Besuch vom AfD-Landtagsabgeordneten und Pegida-Fan Hans-Thomas Tillschneider bekamen, der die Zusammenarbeit zwischen Identitären und AfD fördern will. (klick und klick) Die AfD und allem voran die JA steht zur Parole der Identitären, die die Abschaffung des Asylrechts bedeutet: Den Hilfesuchenden wird "no way" zugerufen. (klick) Wer gerade der JA unterstellt, sie sei nicht rechtsextrem und damit sowohl demokratie- als auch diskursfähig, sagt dasselbe auch über ihre politischen Verbündeten, die in Form der Identitären eben aus gewaltbereiten Neo-Nazis bestehen, die vor dem Zumauern ungeliebter Einrichtungen nicht zurückschrecken, ihre Gegner*innen bedrohen und oft von Nazi-Kadern getragen werden. Alle diese Verbindungen zwi-



schen der JA und extrem rechten Gruppen hätte man herausfinden können, wenn man nur auf das Facebook-Profilbild von Schmidt geschaut hätte, denn dort posiert er vor einem Werbebanner des Compact-Magazins, einem zentralen Organ der extremen Rechten, wo Antisemitismus, Homophobie und Rassismus die fröhlichsten Umstände feiern. Der Chef des Blattes beweist die Demokratietauglichkeit von sich und seinen Anhänger*innen übrigens mit der Hoffnung, dass bald "500.000 Menschen den Bundestag belagern" mögen. (klick)

Statt gegen solche Umtriebe soll die Ausschlussklausel, wie es in einer weitergehenden Begründung heißt, nutzbar gemacht werden, um einen „friedvollen Diskurs“ zu ermöglichen, also unter anderem den notwendigen Protest gegen menschenfeindliche Ideologien und Ideologieversatzstücke als „linksextrem“ zu delegitimieren und zu unterbinden. Dabei lassen die Veranstalter*innen ihrerseits erkennen, dass sie sich so einen Protest aus der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ gar nicht vorstellen können und tragen dazu bei, dass der JA alle Türen in die Reste dieser Mitte geöffnet werden.

Als Linksextremist*innen im Sinne dieser Ausschlussklausel, als Genoss*innen von Linksextremist*innen und Sympathisant*innen von linksextremen, antifaschistischen Strukturen werden wir aber auch weiterhin tun, was Linksextremist*innen eben tun: Uns nicht einfach mit bestehenden Verhältnissen abfinden und uns in sie eingliedern, sondern uns gegen einen bürgerlichen Politikbetrieb stellen, in dem Vertreter*innen von AfD und JA, also Vertreter*innen von Homophobie, Sexismus, Nationalismus und anderen Formen menschenfeindlicher Gesinnung, als normaler Bestandteil und Diskussionspartner*innen geduldet werden, die mit Aufmerksamkeit und Reichweite belohnt werden. Wer so ein Podium ausrichtet oder zum Gelingen beiträgt und uns wie das Symposium zynisch antwortet, die Diskussion mit der JA gehöre nun einmal zur "produktiven Unruhe" einer Demokratie, der*die kann sich den nächsten Erfolg der Menschenfeind*innen auf die Fahne schreiben. Die zukünftigen Wähler*innen wissen dank dem Symposium jetzt, dass die Unterstützung gewaltbereiter Nazis nicht für diesen "friedvollen Diskurs" disqualifiziert.

Deshalb werden wir am 3.5. ab 18:30 Uhr auf dem Hauptcampus der Otto-von-Guericke-Universität vor dem Campus Service Center der Uni Magdeburg sein und unsere Kritik mit einem Infostand an den Ort des Geschehens tragen. Zum Protest gegen diejenigen, die menschenverachtende Ansichten selbst vertreten ebenso wie gegen diejenigen, die diesen Ansichten Podium und Publikum zur Selbstdarstellung verschaffen, die zu Feigenblättern und Stichwortgebern solcher Ansichten werden, die "Rosen auf den Weg gestreut" von Kurt Tucholsky als Handlungsanweisung missverstanden haben.

Offener Brief an Grüne Jugend und Jusos

Liebe Grüne Jugend Sachsen-Anhalt, liebe Jusos Magdeburg, zwei Vertreter eurer Gruppen nehmen am Magdeburger Symposium teil. Wie ihr vielleicht mitbekommen habt, werdet ihr für das „linke Lager“ dort alleine sitzen, denn niemand von uns wird dort im Namen der linksjugend [`solid] Sachsen-Anhalt auftauchen. Wir haben uns dazu entschlossen, dieses Podium zu boykottieren, weil mit Christian Mertens ein Vertreter der Jungen Alternative, der Jugendorganisation der AfD, dort öffentlich auftreten und im Kreis der demokratischen Jugendverbände diskutieren darf. Wir fragen uns, warum sie das dürfen und weigern uns, Feigenblatt zu spielen und die Junge Alternative als vermeintlich demokratische politische Jugendorganisation salonfähig zu machen.

Das halten wir für nicht vereinbar mit antifaschistischen Grundsätzen, denen sich zumindest theoretisch sowohl wir als auch Jusos und die GJ verschrieben haben. Antifaschismus bedeutet nämlich, rechtes, menschenfeindliches Gedankengut zu bekämpfen. Deshalb machen wir Demos, Protestaktionen und Aufklärungsarbeit immer in der Überzeugung, dass Nationalismus, Rassismus oder Antisemitismus keine Verhandlungsmasse, sondern bedingungslos abzulehnen sind. Und dass sich dieses bis hin zum Faschismus gerade in der Jungen Alternative findet, beweist ihr Landesvorsitzender, der als MdL direkt mal einen NPDler anstellt. [1]

Diese Ablehnung kann sich nicht darin zeigen, dass man mit Rechten redet, geschweige denn mit ihnen gemeinsam auf einem Podium in die Öffentlichkeit tritt, denn Forderungen wie die nach der „Obergrenze 0“, der rassistischen Unterteilung von Menschen, der Zählung von Homosexuellen oder auch nach einem „preußischen“ Schulwesen, sind für Antifaschist*innen grundsätzlich keine Optionen, es muss nicht über sie verhandelt werden. Im zurückliegenden Wahlkampf hat sich diese Haltung auch als taktisch klug bestätigt, denn die unzähligen Talkshows und Podiumsdiskussionen in denen AfD-Vertreter*innen immer wieder vorgeführt wurden, haben gerade nicht dafür gesorgt, dass die AfD an Zustimmung verloren hätte – nein, die Schießbefehl-Debatte oder andere rechte Eskalationen haben die Wahlergebnisse auf Rekordniveau gehoben. Gerade die AfD hat immer wieder bewiesen, dass sie rationale Argumente mit Falschmeldungen und Horrorgeschichten kontert ohne jemals eine verhetzende Meldung zurückzunehmen – während ihre Diskussionspartner*innen dabei sind, irgendetwas richtig zu stellen, rasten die rechten Fans aufgrund der nächsten Behauptung über Geflüchtete aus. Rechtes Gedankengut lässt sich nicht weglabern, man muss ihm entgegenreten und sollte ihnen nicht auch noch zu öffentlicher Präsentation ihrer "Inhalte" verhelfen.



Ein Podium unterstellt aber, dass alle Meinungen irgendwie in Ordnung oder zumindest in einer demokratischen Gesellschaft denkbar wären. Und für diesen Eindruck trägt jede*r, der*die zum Gelingen des Podiums beiträgt, die Verantwortung. Als Linksjugend können wir nicht glauben, dass ihr so etwas beabsichtigt und fordern euch auf die Veranstaltung abzusagen und diese scheitern zu lassen: Zeigen wir der Normalisierung der AfD und ihrer Jugendorganisation die rote, antifaschistische Karte und bleiben mit den „Linksextremen“, die laut Symposium ohnehin nicht kommen dürfen, gemeinsam draußen!

Redebeiträge der Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt auf dem Landesparteitag

Zur AfD und ihren Wählern

von Michael Waßmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die meisten von euch werden sich erinnern: Vor etwas weniger als einem Jahr stand ich schonmal hier und habe zur AfD gesprochen. Das will - oder eher muss - ich heute wieder tun. Allerdings muss ich heute hoffentlich niemanden mehr davon überzeugen, dass die AfD eine homophobe, sexistische, nationalistische, neoliberale, autoritäre, antipluralistische Partei ist. Ich glaube das ist jedem hier klar. Auch, dass die Zusammenarbeit mit so einer Partei nicht nur aus programmatischen Gründen unmöglich ist - ich kann mir schon gar keine gemeinsamen Projekte mit der AfD vorstellen - , sondern sich auch aus Verantwortung für die weitere Entwicklung dieses Landes verbietet, immerhin dürfen wir es als Partei mit antifaschistischem Anspruch nicht akzeptieren, dass die AfD Teil des normalen Politikbetriebes sein darf.

Ich will stattdessen was zu den Wählerinnen und Wählern der AfD und unserem Umgang mit dieser Gruppe sagen. Fangen wir mal so an: Im Juni 2015 stand ich vor euch und habe euch angekündigt, dass die Linksjugend eine Kampagne vor hat, die darüber aufklären soll, welche Art von Partei die AfD ist, insbesondere in unseren eigenen Reihen, weil doch das Gefühl bestand, dass das nicht jedem klar ist. Euch wird aufgefallen sein, dass diese Kampagne nicht stattgefunden hat. Das hat vor allem einen inhaltlichen Grund: Sowas ist heute nicht mehr nötig, weil es jeder weiß. Jeder weiß, was die AfD für eine Partei ist.

Aber - und das steht dem entgegen, was viele, auch ehrlicherweise viele von uns gedacht haben - dass die AfD jetzt offen als Partei des rechten Randes auftritt, schadet ihr nicht. Im Gegenteil: Nach der Übernahme durch den rechten Flügel war die AfD beliebter als vorher, nach dem Höcke-Auftritt mit dem Fähnchen war die AfD beliebter als vorher, nach der Forderung auf Geflüchtete zu schießen, war die AfD beliebter als vorher. Wie ist das zu erklären?



Man hört, die AfD sei Protestpartei und deshalb so erfolgreich. Gegen die da oben sein, krawallige und unrealistische Forderungen zu stellen, das ziehe bei Menschen. Aber das erklärt nichts. Es erklärt nicht, warum die Protestpartei AfD vor einem Jahr in den Umfragen zur Bundestagswahl noch bei 3 % stand und heute im zweistelligen Bereich. Es erklärt nicht, warum sich diejenigen, die heute plötzlich eine Protestpartei wählen, Jahre und Jahrzehnte lang keine der vielen Protestparteien im demokratischen Angebot ausgewählt haben - immerhin bietet die Partei DIE PARTEI zum Protest auch noch Freibier an. Diese Erklärung, es läge an der Form "Protest", wirft also mehr Fragen auf, als sie beantworten kann. Die wichtigste von allen: Protest wofür und wogegen denn?

Da gibt es dann die Erklärung, die Menschen seien unzufrieden oder von der Demokratie enttäuscht. Das stimmt sicher, ist mir aber ehrlich zu grob ausgestanzt. Mangelndes Vertrauen in die Demokratie oder Unzufriedenheit zwingt niemanden dazu, die AfD zu wählen. 40% der Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt haben sich im März für keine Partei entschieden und von denen sind sicher auch eine Menge enttäuscht oder unzufrieden. Ähnliches gilt sicher auch für unsere eigenen Wähler.

Wir werden uns also fragen müssen, womit die Leute unzufrieden sind und wovon sie denn enttäuscht wurden. Und die Antwort wird uns nicht gefallen. Um es zu illustrieren: Die Große Koalition, die im vergangenen Jahr noch wenigstens den Worten nach für Willkommenskultur stand, steht heute für eine massive Verschärfung des Asylrechts, für Grenzsicherung und europäische Abschottung, für autoritäre Integrationspolitik und noch weitere schlimme Dinge. Ein „moderater“ - und das muss man in Führungszeichen setze, denn moderat ist hier wenig - ein „moderater“ Kurs gegen die Rechte von Geflüchteten hat die heutigen AfD-Wählerinnen und Wähler nicht mobilisiert. Erst die noch menschenfeindlicheren, noch schärferen, mit Gewalt- und Erschießungsphantasien ausgekleideten Ansätze der AfD brachten sie dazu ihre Stimme überhaupt abzugeben und zwar gerade für diese Ansätze. Das bestätigt sich übrigens nicht nur an der Wahlurne, sondern auch auf der Straße. Dort locken gerade die Bachmanns und Höckes Menschenmassen an - und das sind Leute, die wir ganz sicher nicht bei Demos gegen Rassismus oder für soziale Gerechtigkeit sehen. Sich da einzureden, diese Menschen hätten keine Vorstellung davon, wie ihre Vertrauenskrise zu lösen sei, wie mit ihrer Unzufriedenheit umzugehen sei, ist also wenig zielführend. Sie haben konkretisierte Vorstellungen davon, wo die Reise hingehen soll und mit der AfD haben sie eine Partei gefunden, die ihre Vorstellungen umsetzen will. Das ist der Grund, aus dem die AfD gewählt wird: Es gibt verbreitete, explizite Zustimmung für rechte Erklärungsmuster und rechte Antworten auf die soziale Frage.



Was folgt daraus für uns? Wie gehen wir mit den Wählerinnen und Wählern der AfD um? Diese Gesellschaft steht vor der Frage, ob sie einen politischen Rechtsruck vollziehen wird oder nicht. Ein nicht gerade geringer Teil der bisherigen Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Sachsen-Anhalt hat sich für die AfD und damit für den Rechtsruck entschieden. Wir können jetzt so tun, als hätten die das alles nicht so gemeint und uns über den weiteren Erfolg der AfD wundern, wir können danach anfangen uns zu wundern, warum SPD und CDU plötzlich anfangen, das AfD-Programm umzusetzen, wie das bei der Asylpolitik ja bereits beginnt. Oder wir können uns dem auf der Straße und in den Parlamenten begonnenen gesellschaftlichen Kampf um diese Frage stellen, um die Frage, wie wir in 10 oder 20 Jahren als Gesellschaft zusammen leben wollen, und anfangen, statt uns immer und immer wieder an den AfD-Wählerinnen und Wählern abzuarbeiten, diejenigen unter den Nichtwählern, die für einen linken Politikwechsel oder wenigstens den Kampf gegen einen Rechtsruck offen sind, aber auch unsere eigenen Wählerinnen und Wählern zu mobilisieren, diesen Kampf auch zu führen.

Wir müssen erkennbar sein als Opposition zur AfD und der politischen Ausrichtung die sie vertritt, als Opposition zu denjenigen, die für einen Rechtsruck eintreten. Das ist unsere Aufgabe, weil es sonst niemand kann oder will, es ist eine Verantwortung, die wir als sozialistische Partei mit antifaschistischem Anspruch tragen müssen.

Das ist im Übrigen auch durchaus, was viele Leute von uns erwarten, die in einer Parteienlandschaft, die in der Asylpolitik nach rechts rückt und der AfD hinterherläuft, keine andere Vertretung haben als uns. Um die müssen wir uns kümmern, um diejenigen, die weiterhin linke Perspektiven anstreben und um diejenigen, die dafür offen sind. Sie brauchen unsere Aufmerksamkeit und unsere Unterstützung, denen müssen wir zuhören. Nicht denjenigen, die für den Rechtsruck gestimmt haben.

Zum Jugendwahlkampf

von Pia Schillinger

Liebe Genossinnen und Genossen,

Als Linksjugend [`solid] Sachsen-Anhalt haben wir uns mit einem eigenständigen Jugendwahlkampf am Wahlkampf beteiligt.

Unser Ziel war es dabei, besonders junge Menschen anzusprechen und mit ihnen über unsere politischen Inhalte zu diskutieren. Dafür haben wir bewusst Schulen und andere Orte aufgesucht, an denen sie ihren Alltag verbringen müssen oder wollen. Von den jungen Menschen mit denen wir dabei ins Gespräch gekommen sind haben wir oft großem Zuspruch erhalten, gerade für unsere Forderung nach einer Abschaffung der Altersgrenzen beim Wahlrecht. Aber auch für unsere Flyer zum Thema Feminismus, Drogenpolitik, Abschaffung des Verfassungsschutzes, Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und der Ausfinanzierung und Demokratisierung der Hochschulen. Dass unsere Flyer, Sticker und politischen Leitlinien sowohl inhaltlich als auch optisch bei Jungen Menschen einen Nerv getroffen haben, zeigt sich auch daran, dass das Material in den letzten Tagen des Wahlkampfes ziemlich knapp wurde.

Vielfach während der gesamten Tour hat sich gezeigt, dass das Zugehen auf Menschen jenseits ihrer Wahlberechtigung, abseits der klassischen politischen Orte und konventioneller Parteienwerbung funktioniert und gerade, wenn man junge Menschen erreichen will auch zwingend notwendig ist. So haben wir gerade durch unsere kreativen, vielleicht auch etwas schräg anmutenden und durchaus provokanten, Aktionen, wie z.B. „Lefty“ unser Drachenmasskotchen, zu dem uns im übrigen Wolf Biermann und seine Äußerungen über unsere Partei inspiriert haben, oder die Aktion „Pimmelbude“, als wir am Frauen*kampftag vor der Staatskanzlei einen 1,80 großen goldlackierten Phallus abgeladen haben, um darauf aufmerksam zu machen, dass derzeit nur 3 Mitglieder des Kabinetts Frauen sind, viel Aufmerksamkeit generiert und konnten zum Beispiel in den sozialen Medien große Erfolge verbuchen.

Neben dem von uns selbst organisierten Wahlkampfaktion hat sich auch die Teilnahme an der "It's your Choice Tour" als lohnenswert heraus gestellt. So konnten wir bei 14 Podiumsdiskussionen an 13 Schulen, rund 1200 Schüler*innen erreichen und auch dort hat sich gezeigt, dass sich junge Menschen, wenn die Ansprache stimmt, durchaus für Politik interessieren und gerade für linke Themen begeistern lassen.

Selten hat mich in diesem Wahlkampf etwas so sehr bewegt wie der Moment, als ich am Norbertusgymnasium vor 200 Schüler*innen auf einem Podium saß, der Vertreter von der Jungen Union neben mir eine langen Vortrag über die Notwendigkeit von Obergrenzen hielt und dafür warb Kontin-



gente einzurichten und daraufhin der Moderator uns, also die Vertreter der anderen Jugendverbände, bat kurz den Standpunkt unseres Jugendverbandes dazu zu erläutern und ich meinen Redebeitrag mit dem Satz "Das Grundrecht auf Asyl ist ein Menschenrecht und Menschenrechte kann man nicht kontingentieren" begann und gut 90% der Schüler*innen begonnen haben laut zu klatschen und zu jubeln.

Als wäre das nicht schon alleine ein Silberstreif an Horizont gewesen, kam danach ein junger Mann zu mir und meinte, dass er total überrascht darüber, was wir als Linke alles für gute Themen hat. Er hatte zwar schon mit bekommen, dass wir uns solidarisch mit Geflüchteten zeigen und uns für soziale Gerechtigkeit einsetzen aber sonst sind wir bisher immer an ihm vorbei gegangen. Dieses Beispiel ist zwar nur exemplarisch aber es geht in die gleiche Richtung wie die Erfahrungen die wir an unseren Wahlkampfständen gemacht haben. Junge Menschen wählen uns nicht, weil sie besonders konservativ oder generell desinteressiert an der Gesellschaft um sie herum sind. Sondern weil wir mit den klassischen Ansprachen nicht zu ihnen durchdringen. Das junge Menschen überdurchschnittlich oft nicht Wähler*innen sind liegt natürlich nicht nur an uns, sondern auch an den anderen Parteien die was das angeht auch versagen, aber durch die Medienpräsenz von Bundeskanzler*innen und Minister*innen wenigstens noch etwas in das Bewusstsein junger Menschen vordringen aber auch dran, dass das heutige Bildungssystem wenig befördert, dass sich junge Menschen mit Politik auseinandersetzen.

Somit bleibt die Erkenntnis, dass wirklich wertvolle an unserem Jugendwahlkampf war, dass wir etliche junge Menschen erreicht haben, die im Normalbetrieb bei der politischen Debatte aus dem Bild bleiben. Daran gilt es in Zukunft anzuknüpfen.

Wenn es darum geht zukünftige Kommunikationsstrategien auszuarbeiten und wir, zu Recht, über Regionalisierung sprechen und die Menschen vor Ort mit den Themen von Vorort anzusprechen. Dann sollten wir auch drüber reden Menschen unterschiedlicher Altersgruppen unterschiedlich anzusprechen und darüber Niemanden zu vergessen, weder die ganz jungen, noch die ganz alten, noch die zwei Generationen dazwischen. Wenn es um regionale Ansprachen geht sind zweifelsohne die Kreisverbände vor Ort die Kompetenzträger. Wenn es aber um ganz junge Menschen geht, geht es um Menschen wie uns.

Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass ein Jugendverband zwar viel leisten kann, aber im Gegensatz zu unserer Partei rekrutieren wir unser ganzes Potential nur aus dem Ehrenamt, aus jungen Menschen die vielfach prekariert sind und selten länger als ein paar Jahre an einem Ort leben, weil sie durch Ausbildung und Beruf vielfach zu häufigen Wohnortwechseln gezwungen sind.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine noch enge Zusammenarbeit.

Bericht vom Bundeskongress 2016

von Kathy Gebel

Vom 08. bis 10. April fand in Nürnberg der Bundeskongress der Linksjugend[solid] statt. Unter dem Motto "Grenzenlos" kamen über 250 Delegierte und Interessierte zusammen, um über die vorliegenden Positionierungsanträge, Projektideen und viel mehr abzustimmen.

Dabei positionierte sich die Linksjugend [solid] klar gegen jede Art von Rassismus und drängt nun darauf, dass auch Mitglieder der Fraktionen der Partei zukünftig nicht mehr von linken Positionen abweichen werden. Zusätzlich dazu setzen wir uns in allen Strukturen der Partei dafür ein, dass die Forderung für den sofortigen Stopp aller Abschiebungen in das Programm der Partei DIE LINKE aufgenommen wird.

Darüber hinaus werden die gewählten Bundesparteitagsdelegierten der Linksjugend den Laizismusantrag an den Bundesparteitag unterstützen und einbringen. Genauso wird die Linksjugend sich dort für Online-Mitgliederentscheide einsetzen.

Bei der Wahl der Bundesparteitagsdelegierten konnte die Delegation Sachsen-Anhalt einige Erfolge verbuchen: aus unserem Verband sind Pia Schillinger, Chris Scheunchen und Kathi Gebel delegiert. Volker Bellgart wurde als Ersatzdelegierter gewählt.

Ein besonderer Erfolg: unsere Delegierte Caroline Banasiewicz wurde in die Bundesschiedskommission gewählt.

Besonders kontrovers diskutiert wurde ein Antrag, der sich gegen das neue Prostitutionsschutzgesetz, das 2017 in Kraft treten soll, stellt. Mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen wurde entschieden, dass dieses Gesetz eine Bevormundung und Fremdbestimmung von Sexarbeiter*innen darstellt und die Linksjugend sich stattdessen unter anderem für die Entkriminalisierung von Sexarbeit, den kostenlosen und anonymen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Unterstützung von psychologischen und beruflichen Beratungsstellen, soziale Absicherung und Entstigmatisierung dieser Berufsgruppe einsetzt. Allerdings wurde in einem Initiativantrag beschlossen, dass die Debatte innerhalb der Linksjugend sich damit noch nicht erledigt hat und es aus diesem Grund auf Bundesveranstaltungen zukünftig Seminare und Workshops zu diesem Thema geben soll.



Aber noch viele weitere Projekte wird die Linksjugend in Angriff nehmen: Um rassistischer Hetze entgegenzutreten soll es ein großes Bündnis mit Gewerkschaftsjugenden und anderen Jugendorganisationen geben. Dafür soll bundesweites Material wie z.B. Plakate, Flyer oder Sticker erstellt werden, zusätzlich zur Unterstützung und Mobilisierung zu überregionalen Protesten. In diesem Sinne wird das Bündnis "Aufstehen gegen Rassismus" ([klick](#)) ebenfalls unterstützt.

Zu der NoTddZ-Demonstration gegen den "Tag der deutschen Zukunft" am 4.Juni in Dortmund wird ebenfalls mobilisiert, genauso wie zu dem G20-Gipfel, der 2017 in Hamburg stattfinden wird. Hierzu wird eine Kampagnen-AG für die Organisation der Gegenproteste gegründet.

Gegebenenfalls kann durch den Bundesverband die Anfahrt mit Bussen finanziell erstattet werden.

Des weiteren beteiligt die Linksjugend sich an Aktiventreffen des Blockupy-Bündnisses im Mai in Berlin und mobilisiert dorthin, ebenso wie zu den Aktionstagen, die im Oktober stattfinden werden.

Doch wir haben auch eigene Pläne:

Zur Bundestagswahl 2017 soll es eine Jugendkampagne geben. Um dieses Vorhaben umzusetzen, wird eine Kampagnen-AG bestehend aus Mitgliedern des BSpR, der Bundesgeschäftsstelle und je vier Vertretern jedes Landesverbandes ins Leben gerufen. Die Sitzungen sind aber grundsätzlich öffentlich und das erste Treffen findet spätestens auf dem Sommercamp statt.

Solltet Ihr euch noch näher mit den diesjährigen Beschlüssen befassen wollen, findet ihr sie unter auf der Website der Linksjugend[[solid](#)]([klick](#)).

Ausgewählte Positionierungsbeschlüsse von der Landesmitgliederversammlung im April 2016

Beschluss: AfD-Wähler für ihre Entscheidung verantwortlich machen, statt zu verharmlosen

Die Linksjugend [solid] Sachsen-Anhalt stellt sich gegen jedwede Verharmlosung der Wahlentscheidung für die AfD. Es besteht kein Zweifel daran, dass die AfD zu wählen, nur eine Wirkung, nämlich die Stärkung von Rassismus bzw. Fremdenfeindlichkeit, von autoritärem Politikverständnis und Nationalismus, hat. Sich für die Förderung dieser Entwicklung zu entscheiden, ist kein legitimer Protest, kein legitimer Ausdruck irgendeiner Unzufriedenheit und kein Mittel zu einem legitimen Zweck. AfD-Wähler*innen dürfen nicht von der Verantwortung für ihre Entscheidung freigesprochen werden, sie dürfen nicht als „bloß irgendwie Unzufriedene“ umsorgt werden, sie dürfen nicht mit Aufmerksamkeit belohnt werden, als seien für ihre Wahlentscheidung schlechte Politik oder irgendein Vertrauensmissbrauch verantwortlich und nicht sie selbst, als hätten sie keine andere Wahl gehabt als die AfD. Den Wähler*innen der AfD darf nicht der Eindruck vermittelt werden, sie hätten durch ihre Entscheidung irgendetwas gewonnen und sei es auch nur das plötzlich offene Ohr „der Politiker“.

Stattdessen müssen ihnen die Konsequenzen ihrer Entscheidung vorgeworfen werden, also sowohl die konkrete Politik der AfD, als auch der Rechtsruck in der politischen Landschaft, sowie das weitere Erstarken rechter Bewegungen, die sich von einem solchen Ergebnis angespornt fühlen dürfen. Den Wähler*innen der AfD darf mit keiner anderen Botschaft begegnet werden als der Ablehnung ihrer Entscheidung, die keine positiven Konsequenzen haben kann und nur negative haben wird. Es darf auch kein Zweifel daran gelassen werden, dass, wer AfD wählt, die Verschiebung der politischen Landschaft nach rechts bezweckte und selbst wollte, egal wie weit diese Verschiebung beabsichtigt war. Es gibt keinen Grund Wähler*innen der AfD zu glauben, sie haben ihrer Unzufriedenheit lediglich „zufällig“ mit einem Kreuz bei der AfD Luft gemacht. Diese behauptete Distanz zur eigenen Wahlentscheidung und den daraus entspringenden Konsequenzen, ist nicht glaubwürdiger oder aner kennenswerter als die mit den Worten „Ich bin ja kein Rassist, aber ...“ behauptete Distanz vom stets darauf folgenden Rassismus.

Beschluss: Friedenspolitik statt Isolationismus

Die Linksjugend [sold] Sachsen-Anhalt stellt folgenden Antrag an den Landesparteitag:

Der Antrag „Kriege verhindern – Aufrüstung stoppen!“ wird wie folgt ersetzt:

DIE LINKE Sachsen-Anhalt beantragt nachfolgende Ersetzung des Antrages „Für Frieden und eine gerechte Weltordnung“ auf dem Bundesparteitag in Magdeburg und wird die folgenden Positionen auch bei ihrer eigenen politischen Arbeit beachten:

DIE LINKE bekennt sich zur Solidarität mit den Opfern von Krieg und Gewalt. Sie bekennt sich zu einer Friedenspolitik, die international wirken will, statt sich in nationale Bequemlichkeit zurückzuziehen.

Friedenspolitik kann nicht die Wahrung nationalen Interesses, territorialer Integrität oder der Unverletzlichkeit von Grenzen meinen. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg zwischen Staaten – vielmehr ist er das Recht jedes Einzelnen auf Unversehrtheit und Freiheit von Unterdrückung. Friedenspolitik kann daher auch nicht im Hinnehmen aktueller Ungerechtigkeit und Gewalt bestehen. Dort, wo Menschenrechte nicht geachtet werden, ist der Frieden bereits gebrochen. Die Aufgabe von Friedenspolitik muss es daher sein, sich gerade dort einzumischen, wo Krieg, Gewalt und Unterdrückung herrschen – und die Verhältnisse zum Besseren zu wenden.

Krieg verhindern – zivile Hilfe leisten

DIE LINKE weist seit ihrer Gründung darauf hin, dass die Grundlagen für Frieden mit friedlichen Mitteln geschaffen werden müssen – und er sich aus sich selbst heraus erhalten muss.

Bewaffnete Konflikte müssen verhindert werden, bevor sie entstehen. Dabei muss auch DIE LINKE ihren Horizont erweitern: Tragfähige Konzepte für eine nachhaltige Friedensordnung lassen sich nicht von Deutschland aus entwickeln, geschweige denn durchsetzen. Hier braucht es die Erfahrung und Kenntnis, aber auch Kooperation von Menschen aus allen Regionen der Welt.

Das entbindet Deutschland aber nicht von seiner Verantwortung als eines der reichsten Länder der Erde: An die Stelle enthemmter Rüstungsexporte an Diktaturen wie Saudi-Arabien und der profitorientierten, eigennützigen Entwicklungshilfe muss eine solidarische wirtschaftliche Zusammenarbeit treten, die auf die Wahrung von Menschenrechten, insbesondere auf Mitbestimmung und Rechtsstaatlichkeit, sowie auf Teilhabe am Wohlstand der Welt gerichtet ist.

Diesen Prinzipien muss auch die Weltwirtschaft unterworfen werden, statt sie als vermeintliche Handelshemmnisse auf dem Altar des Neoliberalismus zu opfern, wie es von TTIP und anderen Freihandelsabkommen angedacht ist. Voraussetzung dafür sind aber auch internationale Institutionen, die diese Prinzipien gegen einzelne Staaten durchsetzen, statt lediglich Instrumente zur Durchsetzung nationaler Interessen zu sein. Ähnliches gilt für Systeme kollektiver Sicherheit. Deutschland darf sich hier nicht einfach aus der Verantwortung stehlen, indem es internationale Bindungen aufgibt, son-



dem muss seine Mitgliedschaft in der EU nutzen, um bewaffnete Konflikte zu verhindern. Aber auch die Weltgemeinschaft im Ganzen muss darauf hinwirken, dass der soziale, wirtschaftliche und politische Schaden bewaffneter Konflikte beseitigt und eine nachhaltige Friedensordnung etabliert wird.

Die Ursachen bewaffneter Konflikte sind jedoch tiefgreifend und oft eng mit der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage nicht nur einzelner Länder, sondern der Welt verbunden. Sie können weder unilateral abgeschafft werden, noch führt ihre Bekämpfung ein schnelles Ende bereits bestehender Konflikte herbei.

Solidarität mit den Opfern von Krieg, Gewalt und Unterdrückung

Nicht alle Menschen sind in der bequemen Position, auf die Wirkung langfristiger Ansätze zur Friedenswahrung warten zu können. Allein auf Fluchtursachen oder falsche Ansätze internationaler Politik zu verweisen, kann die Abhilfe gegen akute Missstände nicht ersetzen: Das meint insbesondere die Aufnahme von Geflüchteten durch die reichsten Länder der Welt, zu denen insbesondere auch Deutschland gehört, ebenso wie humanitäre Hilfe für Kriegsgebiete und die ärmsten Regionen der Welt – das schließt insbesondere den Abwurf von lebenswichtigen Medikamenten und Nahrungsmitteln über vom sogenannten Islamischen Staat belagerten Städten mit ein. Die Belagerten und Vertriebenen brauchen aber nicht nur humanitäre Hilfe, die zwar die Not lindert, aber nicht das zu Grunde liegende Unrecht beseitigen kann. Bewaffnete Konflikte müssen beendet werden. Hier muss einseitig Partei ergriffen werden für eine Friedensordnung, die Menschenrechte, Mitbestimmung und Teilhabe am Wohlstand wahrt, statt Unterdrückte dazu zu drängen, sich wieder mit alten, gescheiterten Systemen wie dem Assad-Regime in Syrien zu arrangieren. Unterstützung brauchen Unterdrückte und jene, die sich gegen Unterdrückung auflehnen, allerdings auch außerhalb der politischen und diplomatischen Bühne.

Zu keiner Zeit in der Geschichte der Menschheit war es richtig, denjenigen, die für Menschenrechte, Demokratie und Teilhabe am Wohlstand kämpften oder diese Errungenschaften verteidigten, die Unterstützung zu entziehen. Gegen den Feldzug des faschistischen Deutschlands, rief nicht nur Ernst Busch zu Recht zum bewaffneten Widerstand auf. Gegen die Schergen des spanischen Diktators Franco organisierten sich bewaffnete internationale Brigaden. Die Ketten von Millionen von Sklaven in den USA wurden mit Gewalt zerschlagen. In keiner dieser Situationen war eine diplomatische Lösung möglich, noch konnte man von den denjenigen, die sich gegen Unterdrückung, Krieg und Massenmord zur Wehr setzten, erwarten, sich einfach mit ihrem Schicksal abzufinden.

Es ist auch heute nicht zu erwarten, dass der sogenannte Islamische Staat plötzlich auch nur das Existenzrecht Andersgläubiger anerkennen, Menschenrechte wahren und sich demokratisieren wird. Er wird die Umsetzung seiner menschenverachtenden Weltanschauung nicht aufgeben, nur weil er von ausländischen Finanzquellen abgeschnitten wird – so dies denn über-



haupt gelingt. Er wird auch die vorhandenen militärischen Ressourcen weiterhin erbarmungslos einsetzen, selbst wenn er von weiterem Nachschub abgeschnitten wird – so dies denn überhaupt gelingt. Auch wird der Konflikt nicht deshalb plötzlich ein gutes Ende nehmen, weil sich Deutschland nicht mehr einmischt und nicht auf seine Beendigung hinwirkt.

Im Gegenteil ist es allein militärischer Unterstützung für die Kurd*innen – unter anderem durch US-Bombardements und deutsche Waffenlieferungen – zu verdanken, dass diese noch nicht von Panzern des sogenannten Islamischen Staates überrollt wurden. Dabei gehören die Kurd*innen zu den wenigen Gruppierungen, die eine Zivilgesellschaft im Irak und Syrien aufrechterhalten konnten – doch die Angriffe des sogenannten Islamischen Staates zeigen deutlich, dass solche Grundlagen für einen nachhaltigen Frieden auch verteidigt werden müssen. Denjenigen, die sich bereits heute gegen den sog. IS verteidigen müssen, die politische und militärische Unterstützung zu entziehen, hieße sich mit den Opfern von Gewalt, Krieg und Unterdrückung zu entsolidarisieren. Damit würde man nicht nur die Wahrung ihrer grundlegendsten Menschenrechte verunmöglichen, sondern auch das Unrecht billigen, das ihnen angetan wird.